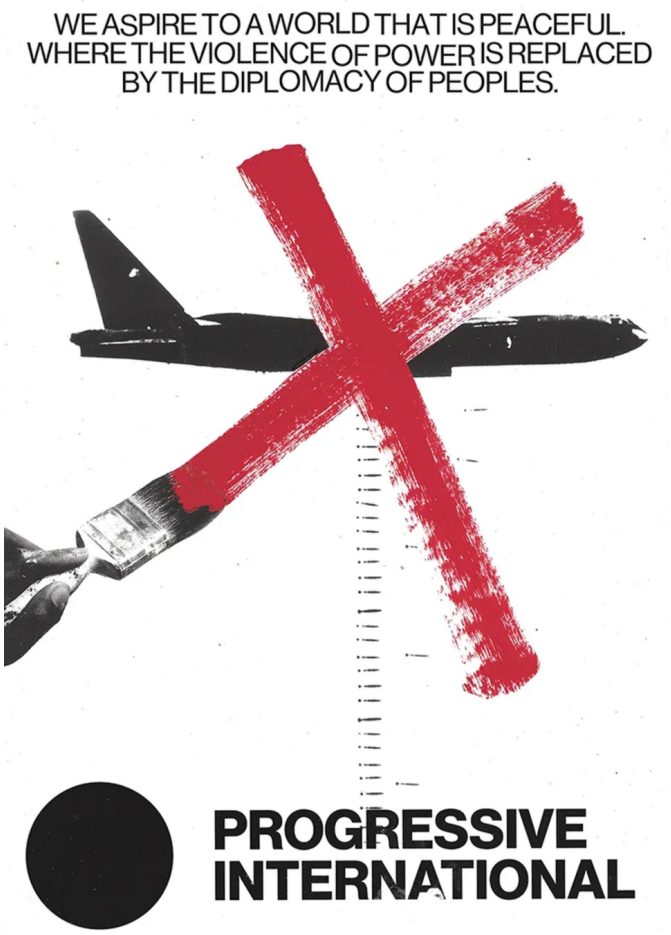
Progressive Internationale



Rundbrief Nr. 22, 31.07.2026

„Rote Angst“

Washington greift eine alte Doktrin wieder auf, um die Kräfte der Befreiung zu besiegen – im Inland wie im Ausland.

Im zweiundzwanzigsten Rundbrief der Progressiven Internationale des Jahres 2026 betrachten wir den „Neuen McCarthyismus“ als eine zugleich lächerliche und beängstigende Strategie zur Unterdrückung von Befreiungsbewegungen in den USA und der ganzen Welt.

(Die Progressive Internationale (PI) ist eine im Mai 2020 gegründete internationale politische Organisation. Siehe auch: https://progressive.international/about/de

Am 16. Juli lud US-Außenminister Marco Rubio Vertreter aus 65 Ländern zu einem Ministertreffen zum Thema „Wiederaufleben des politischen Terrorismus“ ein. Er warnte die Teilnehmer, die Linke sei eine „vordringende Dunkelheit“. Sein Kollege Stephen Miller bezeichnete den „linksextremen Terrorismus“ als „tödlichen Krebs

der Zivilisation“ und prangerte Linke als von „Neid, Hass und Eifersucht“ getrieben an. Rubio versprach, deren internationale Netzwerke „Stein für Stein“ zu zerschlagen.

Washingtons „Rote Angst“ enthüllte vier Tage später eine weitere Waffe, als das Außenministerium einen 100-seitigen Bericht mit dem Titel „Kuba: Die Hauptstadt des Kommunismus des 21. Jahrhunderts“ veröffentlichte. Der Bericht führte eine ganze Reihe von Vorwürfen gegen die kubanische Revolution auf und warf ihr vor, einen „Zermürbungskrieg“ gegen die Vereinigten Staaten zu führen, der „bemerkenswerte Erfolge erzielt“ habe.

Für die USA handelt es sich hierbei nicht nur um einen Krieg der „Spionage, Infiltration, Sabotage und Stellvertreter-Netzwerke“. Es ist ein Kampf, der in erster Linie auf dem „ideologischen Schlachtfeld“ ausgetragen wird, „das vorwiegend vom Groll und einem tiefsitzenden Hass auf die Vereinigten Staaten und den Westen im Allgemeinen geprägt ist“. Kuba, so heißt es in dem Bericht, strebe nichts Geringeres an, als „die Kinder des Westens … gegen ihr eigenes Erbe aufzubringen“.

Der Bericht zielt eindeutig darauf ab, den Prozess für einen Regimewechsel in Kuba zu vertiefen. Doch seine Intention geht weiter. Er erschien genau zu dem Zeitpunkt, als Washington umfangreiche Finanzmittel für MAGA-nahe Gruppen in Europa und antikommunistische Bestrebungen in den USA ankündigte. Und er fiel mit eskalierenden Angriffen auf Aktivisten und Organisationen rund um den Globus zusammen.

Tatsächlich nennt der Kuba-Bericht des Außenministeriums ~~konkrete~~ Namen. Er zählt die „Democratic Socialists of America“, die „Black Alliance for Peace“, die „National Lawyers’ Guild“, „Codepink“ und das „People’s Forum“ zu einer langen Liste von Bewegungen, die angeblich unter dem ideologischen Einfluss Kubas stehen – Feinde der westlichen Zivilisation, deren Ziele zunehmend mit den „Absichten Moskaus, Pekings und Teherans“ übereinstimmen.

Angriffe dieser Art sind längst keine rhetorischen Floskeln mehr. Seit dem „National Security Presidential Memorandum 7“ vom vergangenen September verfolgt die Trump-Regierung eine antikommunistische Kampagne im Inland , die auf einer zweifelhaften rechtlichen Grundlage basiert: dem „inländischen Terrorismus“. Antifa, eine Abkürzung für „Antifaschisten“, wurde als terroristische Organisationeingestuft, obwohl es sich dabei nicht um eine Bewegung handelt, sie keine Mitglieder hat und im formalen Sinne gar nicht existiert. Dieser Schritt gibt der US-Regierung freie Hand, wie ihre eigene Terminologie schon nahelegt, jeden Gegner des Faschismus zu unterdrücken.

Die Auswirkungen sind bereits verheerend. In Georgia wurden viele Aktivisten, die sich gegen einen riesigen Polizeiausbildungsstützpunkt namens „Cop City“ wehrten, wegen Terrorismus angeklagt; einer von ihnen, ein als „Tortuguita“ bekannter Aktivist, wurde von staatlichen Sicherheitskräften hingerichtet. In Texas verbüßen Angeklagte, die mit einem Zusammenstoß im Jahr 2025 in einer Einwanderungshaftanstalt in Verbindung stehen, nun Haftstrafen von bis zu einem Jahrhundert. In Minnesota sehen sich mehr als ein Dutzend Aktivisten mit

Anklagen wegen Verschwörung konfrontiert, die sich unter anderem auf das Tragen eines Sweatshirts stützen.

Derzeit sind mehrere in den USA ansässige Organisationen Gegenstand behördlicher Ermittlungen. Einzelpersonen haben Morddrohungen erhalten. Andere wiederum sehen sich einer verschärften rechtlichen Verfolgung ausgesetzt. Am 10. Juli hat die spanische Polizei ein Auto umzingelt, in dem sich Fergie Chambers befand, eine prominenter US-amerikanischer antiimperialistischer Philanthrop~~in~~ und Aktivist~~,~~ dem nun wegen des Vorwurfs der Terrorismusfinanzierung die Auslieferung an die USA droht. Es ist der erste Versuch, einen Unterstützer der palästinensischen Befreiungsbewegung aus dem Ausland auszuliefern – eine weitere Eskalation in Washingtons Krieg gegen die Solidaritätsbewegung.

All dies ist nichts Neues. Von Jakarta bis Guatemala-Stadt führt Washington seit langem einen genozidalen Krieg gegen den Kommunismus und die Befreiungsbewegungen außerhalb seiner Grenzen. Und vom McCarthyismus bis hin zu COINTELPRO führte es im eigenen Land einen vernichtenden und gewalttätigen Kampf dagegen.

Diese historischen Präzedenzfälle – nun vor dem Hintergrund der Gewalt gegen Venezuela, Palästina, Kuba, den Libanon und den Iran betrachtet – lassen eine alarmierende Schlussfolgerung zu: Washington kennt in seinem Krieg keine roten Linien, keine Prinzipien und keine humanitären Bedenken. Dieser Krieg wird sich verschärfen, er wird sich vertiefen, und immer mehr von uns werden ins Fadenkreuz geraten.

Aber sie deuten auch auf etwas anderes hin: In Washington herrscht Panik. Washington verliert den Halt und befindet sich, wie Rubio selbst Anfang dieses Jahres zugab, in einem Zustand des „unumkehrbaren Niedergangs“. Und das „Gespenst des Kommunismus“, das noch vor kurzem für gestorben erklärt wurde, scheint den Staat mehr denn je umzutreiben.

Das Imperium fürchtet den Internationalismus, der die Kämpfe des Südens zunehmend mit denen des Nordens vereint. Und es fürchtet den „Kommunismus“, weil der „Kommunismus“ die historische Bewegung hin zum Untergang des Kapitalismus beschreibt – eine Zukunft, die durch unseren gemeinsamen Kampf geschaffen wird und in der unser Leben nicht länger von Kriegstreibern und Monopolisten bestimmt wird.

Die Lehre für uns ist klar: Solange das Gespenst unsere Feinde weiterhin heimsucht, muss auch unsere Entschlossenheit, die Geisterhaftigkeit seiner Gestalt sichtbar zu machen, fortbestehen.

In Solidarität,

Das Sekretariat der Progressiven Internationale

https://progressive.international/wire/2026-07-31-pi-briefing-no-22-red-scare/en/

Übersetzung:SiG-Redaktion